

entrümpeln und vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Eines muß klar sein: Nicht die deutsche Einheit hat unsere jetzige Gesellschaftskrise verursacht!

Die Folgen der vierzigjährigen Existenz der SED-Diktatur lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Die Probleme, die zu bewältigen waren und sind, wurden schlicht unterschätzt. Die Flexibilität, die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, die Mobilität, die von uns Ostdeutschen abverlangt wurde, das ist eine ungeheure Lebenserfahrung. Improvisation, Phantasie und Ideenreichtum können den Menschen in den neuen Bundesländern nicht abgesprochen werden, waren sie doch – anders als mancher das in Westdeutschland meinen mag – im Alltag der DDR eher gefordert als in der Überflußgesellschaft der alten Bundesrepublik. Sich auf diese Tugenden und Traditionen zu besinnen, bietet beste Voraussetzungen auch für ökonomische Erfolge. Bis zur wirklichen inneren Einheit liegt noch ein beträchtliches Stück Weges vor uns – und der – dazu gibt es keine Alternative – muß gemeinsam gegangen werden.

Was mich zuversichtlich stimmt, ist die Tatsache, daß es eine große Zahl entschlossener Menschen in den neuen Bundesländern gibt, die nicht nur hoch begabt und einsatzwillig sind, sondern auch begeistert oder begeisterungsfähig. Und auf die, die jetzt spüren, daß sich für sie hier eine große Chance auftut, müssen wir in Zukunft setzen.

Vieles deutet darauf hin, daß gerade hier eine Generation heranwächst, die tatkräftig das Leben in die Hand nehmen will – und die Bewährungsprobe bestehen wird.

Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Veranstaltung, die uns mehr Verständnis für die gegenwärtigen Schwierigkeiten und ihre Ursachen vermittelt und uns auf dem gemeinsamen wichtigen Weg der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gestaltung weiterbringen möge.

Ich gebe nun dem das Wort, dem ich in besonderer Weise ein Wort des Dankes von uns allen sagen möchte und zwar deswegen, daß er unserer Bitte entsprochen hat, für heute und morgen den Plenarsaal des Sächsischen Landtages uns zur Verfügung zu stellen. Wir sind sehr froh darüber, daß wir in diesem schönen und würdigen Rahmen unsere Anhörung durchführen können. Vielen Dank Herr Präsident, ich bitte Sie jetzt ums Wort.

Präsident des Sächsischen Landtages Erich Iltgen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kommissionsmitglieder und Sachverständige, liebe und verehrte Gäste. Natürlich habe ich gern der Bitte von Herrn Eppelmann entsprochen, der vom Deutschen Bundestag in seiner 13. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ den Plenarsaal des Sächsischen Landtages für eine öffentliche Anhörung zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Sie alle ganz herzlich zu dieser Arbeitssitzung begrüßen, mit der Sie zugleich die bereits mehrfach praktizierte Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Sächsischen Landtag fortsetzen. Von besonderem Interesse ist der Gegenstand Ihrer Anhörung, mit der die Kommission den noch heute spür- und

sichtbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR nachgehen will.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich die Arbeit Ihrer Kommission, vor allen Dingen auch deshalb, weil sie sich in besonderer Weise mit den Problemen des Zusammenwachsens der Deutschen in Ost und West auseinandersetzt. In der Tat ist der Vollzug der inneren Einheit die eigentliche Herausforderung der Wiedervereinigung. Die Wirkungen, die vom politischen und wirtschaftlichen Prozeß des Zusammengehens ausgehen, finden ihren Niederschlag und Ausfluß in den Gefühlen der Menschen gerade im Osten, in den neuen Bundesländern, aber auch in zunehmendem Maße bei den Bürgerinnen und Bürgern der alten Bundesländer. Herr Eppelmann hat es schon angedeutet, so steht den gewaltigen Milliardentransfers von West nach Ost der nicht minder gewaltige Umstellungsprozeß der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer gegenüber. Der totale Wandel der Lebenswirklichkeit beanspruchte und beansprucht noch auf Jahre die Kräfte vieler, besonders der Älteren, im Osten Deutschlands. Diese Tatsache soll nun meinerseits nicht der Ausgangspunkt der Aufzählung etwa von Befindlichkeiten sein, sondern sie soll vielmehr darauf verweisen, daß der Prozeß der Angleichung der Lebensverhältnisse vor allem ein Generationsprozeß ist, der auf lange Sicht gemeinsamer Anstrengungen auch weiterhin bedarf und am Ende durch die nachfolgende Generation erfolgreich, das ist meine Einschätzung, abgeschlossen sein wird.

Meine Damen und Herren, die Teilung Deutschlands hat zu lange gedauert, als daß es von heute auf morgen gelänge, ohne Rückkopplung auf eigene Erfahrungen mit seiner Vergangenheit auszukommen. Das hat m.E. nichts mit Nostalgie zu tun; zu stürmisch verlief der Prozeß der Wiedervereinigung, so daß kaum Zeit blieb, neue eigene Erfahrungen aus den geänderten Lebensumständen in das augenblickliche Handeln einfließen zu lassen. Auch ist festzustellen, daß die Sorgen des Alltags die Menschen in einem Maße beschäftigten, die ihnen kaum Zeit lassen, sich mit unserer jüngsten Vergangenheit tiefgründig zu beschäftigen. Für viele Menschen ist z. B. die Arbeitslosigkeit eine ganz neue tiefgreifende Erfahrung, die sie in existentieller Weise beschäftigt. Frauen und Männer, die maßgeblich die Wiedervereinigung durch ihr persönliches Engagement vor und während des gesellschaftlichen Umbruchs herbeigeseht und befördert haben, sind plötzlich, wie man so sagt, draußen. Die Erfahrung, nicht mehr gebraucht zu werden, nicht mehr teilzuhaben und teilzunehmen am Neuaufbau freiheitlich demokratischer Strukturen und einer effizienten Wirtschaft, wurde für so manchen auch zur Enttäuschung. Dieser Sorgen sich anzunehmen und zum Gegenstand gemeinsamer Diskussion der politischen demokratischen Parteien und gesellschaftlich relevanter Kräfte mit dem Ziel zu machen, praktikable Vorschläge und Lösungen anzubieten, die den Betroffenen neue Perspektiven zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gesellschaft eröffnen, ist wichtig. Geschieht dies nicht, werden jene Kräfte immer stärker das gesellschaftliche Klima beeinflussen, die schon vor der Wende propagandistisch die Spaltung Deutschlands betrieben haben und die heute in eifernder Weise von Vereinnahmung, Plattmachen, Zerschlagung des Sozialstaates re-

den und die Menschen an ihrer verwundbaren Stelle treffen wollen. Dabei ignorieren sie ihre eigene Verantwortung für den nationalen Konsens bzw. für die Ursachen dieses Zustandes aus der Vergangenheit. Es ist kein Zufall, daß es vielfach dieselben sind, die der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie ambivalent und oft auch feindlich gegenüber eingestellt sind, die heute die Freiheit einfordern, die sie Jahrzehnte ihren Bürgern vorenthielten – eine Freiheit, für die sie nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – denen es daran gelegen ist, die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich demokratischen Rechtsstaat zu überfordern. Um das zu verhindern, sind tatsächlich die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, die Uneinigkeit der Parteien der Weimarer Republik ebenso wie die daraus erwachsenen zwei Diktaturen von 1933 bis 1989. Die Aufarbeitung dieser unserer jüngsten deutschen Geschichte ist kein Rachefeldzug rückwärts gewandt, wie einige gezielt diesen notwendigen Prozeß verunglimpfen wollen, sondern Aufgabe und Verpflichtung, daß totalitären Systemen der Zugriff zur Macht zukünftig verwehrt wird, daß der Zusammenhang von Ursache und Wirkung, von Schuld und Verantwortung, von Tätern und Opfern im Blickfeld der politischen Auseinandersetzung bleibt. Aus diesen Gründen verbietet es sich, einen Schlußstrich zu ziehen.

In vorbildlicher Weise hat die erste Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages von 1992 bis 1994 diese Arbeit geleistet und die Tiefendimension dieser Problematik herausgearbeitet. In 18 Bänden und 16.000 Druckseiten wird eine erste historische Bilanz „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gezogen. Doch es wurde sehr schnell deutlich, daß die Strukturen totalitärer Systeme ihren Einfluß in unserem politischen und gesellschaftlichen System nicht verloren haben.

Die neue Enquete-Kommission, die durch den Bundestag in seiner Sitzung vor der Sommerpause 1996 eingesetzt wurde, trägt genau dieser Erkenntnis Rechnung, indem sie nun unter dem Titel „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ die Arbeit fortsetzt und ihre vorrangigste Aufgabe darin sieht, bei der Vollendung der deutschen Einheit mitzuwirken. Was die Arbeit der Enquete-Kommission in dieser Phase des Wandels für die Öffentlichkeit so wichtig macht, wird in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages fast verschlüsselt mit der Vorbereitung von „Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ umschrieben.

Diese Aufgabe unterscheidet sich von der der Fachausschüsse dadurch, daß auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und politischer Schlußfolgerungen daraus in gleichberechtigter Zusammenarbeit von Abgeordneten und Sachverständigen Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber oder sonstige politische Maßnahmen zu erarbeiten sind. Der Einsetzungsbeschluß des Bundestages weist ihnen außer dem hier zu behandelnden Themenbereich noch acht weitere Themenfelder zu, die, jeweils durch ausführliche und detaillierte Arbeitsprogramme untersetzt, insgesamt der Aufarbeitung von Folgen sozialistischer Machtausübung ein zukunftsgerichtetes Ziel geben.

Hierin sehe ich auch einen entscheidenden Unterschied zu der vom Bundestag in der 12. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission. Die Orientierung ihrer Arbeit an den in Freiheit zusammenwachsenden Gemeinsamkeiten ist der konsequente Schritt von Politikern, Geschichtsaufarbeitung zukunftsorientiert zu gestalten, und ist aus meiner Sicht der Schritt in die richtige Richtung. Konsequenter ist auch, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Kommission, anknüpfend an die Arbeitsweise der ersten Kommission, viele Anhörungen in den neuen Bundesländern durchführen, um sich vor Ort mit den aktuellen Problemen vertraut zu machen. Sie waren schon in Magdeburg und Halle und werden nach der Sitzung hier in Dresden noch in Eisenhüttenstadt, Schwerin, Leipzig und Chemnitz tagen.

Meine Damen und Herren, wer sehen will, wird sehen, daß in diesen wenigen Jahren nach der Wiedervereinigung vieles auf den Weg gebracht wurde. Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach ihrem persönlichen Befinden und Wohlergehen nach der Wende, so sind 75 % aller Befragten zufrieden mit ihren Lebensumständen.

Auch die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit macht Fortschritte, nicht zuletzt Dank Ihrer Arbeit und der Tatsache, daß der Leidensdruck vieler Opfer durch konkrete Maßnahmen der Rehabilitation und Entschädigung gemildert werden konnte. Die Arbeit der Gauck-Behörde und der Beauftragten in den neuen Ländern tragen viel zu dieser Einschätzung bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Vorsitzender, ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit und für den schwierigen Weg, den Sie dabei zurücklegen müssen, auch im Namen der Abgeordneten des Sächsischen Landtages, viel Erfolg und in der heutigen Tagung und in den folgenden alles Gute. Dankeschön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank verehrter Herr Präsident. Wir danken Ihnen für Ihre Worte, für Ihre guten Wünsche und für den Grad, in dem Sie über die Arbeit unserer Enquete-Kommission informiert sind. Wenn die große Masse unserer deutschen Mitbürger nur die Hälfte von dem über unsere Arbeit wüßte, was Sie hier durch das, was Sie eben gesagt haben, auch zum Ausdruck gebracht haben, auch an Information gegeben haben, wäre ich sehr sehr froh.

Ein Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen in das Programm zeigt uns, daß wir jetzt zwei grundsätzliche einführende Referate zu hören haben und dann die Möglichkeit haben, darüber miteinander zu reden. Die Leitung dieser Einheit übernimmt der Kollege Spiller. Bitteschön.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Damen und Herren, der heutige Tag ist dem Thema „Zwischenbilanz Aufbau Ost und Bilanz der DDR-Wirtschaft“ gewidmet. Wir blicken nicht nur zurück in die Vergangenheit. Wir schauen auch nach vorn. Aufgabe dieser Enquete-Kommission ist es ja auch, Empfehlungen für die politische Arbeit zu erarbeiten. Zunächst einmal müssen wir uns mit der wirtschaftlichen Ausgangssituation 1989 beschäftigen.

Ich mache jetzt keine wertenden einleitenden Bemerkungen, wir wollen zuhören. Wir haben zwei Referenten zum Thema: „Funktionen, Dysfunktionen und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze“. Dazu werden Herr Dr. Werner Klein von der Universität Köln und Herr Professor Reinhard Schmidt von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida referieren. Herr Dr. Klein, ich bitte Sie, als erster das Wort zu nehmen.

Dr. Werner Klein: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Das Thema meines Referats wurde schon angekündigt. „Funktion, Dysfunktion und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze“. Mein Referat gliedert sich in vier Hauptteile.

Der erste Hauptteil befaßt sich mit zwei wesentlichen Grundproblemen eines jeden Wirtschaftssystems: erstens dem Problem effizienter Lenkung der volkswirtschaftlichen Ressourcen, zweitens dem Problem der Gewinnung und Nutzung jenen Wissens, das für eine effiziente Ressourcenlenkung notwendig ist. Der zweite Hauptteil ist den Funktionen einer Zentralverwaltungswirtschaft gewidmet, die diese bei der Lösung der genannten Probleme hat. Teil drei des Referats beschäftigt sich mit vier zentralen Aspekten von Dysfunktionalitäten, die Zentralverwaltungswirtschaften systemimmanent sind. Im vierten Teil ist schließlich auf zwei Beispiele bedeutsamer systemimmanenter Wirtschaftsreformen und die Gründe für deren Scheitern einzugehen.

Aus Gründen der Zeitökonomie müssen meine Ausführungen größtenteils etwas holzschnittartig ausfallen. Die Diskussion im Anschluß an die Einführungsreferate gibt aber sicherlich die Gelegenheit, etwas ausführlicher auf das eine oder andere Detail einzugehen.

Erlauben Sie mir nun zu Beginn einige wenige Vorbemerkungen. Wenn es hier meine Aufgabe ist, über Funktion und Dysfunktion von Zentralverwaltungswirtschaften zu sprechen, so könnte leicht der Eindruck entstehen, nur für diesen Typus einer Wirtschaftsordnung gäbe es Funktionsprobleme. Dies ist natürlich nicht der Fall. Auch Marktwirtschaften leiden vielfach unter Dysfunktionen. Unter makroökonomischem Aspekt denke man nur an Situationen von Unterbeschäftigung, an Instabilitäten des Geldwertes, an außenwirtschaftliche Ungleichgewichte oder an Innovations- und Wachstumsschwächen, wodurch auch immer diese Dysfunktionen ausgelöst werden. Mikroökonomisch gesehen kann man an viele Fälle denken, in denen ganze Unternehmungen – oft durch Fehlverhalten des Managements – in Existenzkrisen geraten. Firmennamen wie Balsam, Bremer Vulkan, Daimler Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Metallgesellschaft und Südmilch sind besonders eklatante Beispiele dafür. Dennoch kann man heute aufs Ganze gesehen sagen, daß sich Marktwirtschaft in Verbindung mit politischer Demokratie den Systemen mit politischer Diktatur und Zentralverwaltungswirtschaft auch ökonomisch als leistungüberlegen erwiesen hat. Es ist eben wohl so, daß dem letzteren Typus von Wirtschaftsordnung bestimmte Dysfunktionen inhärent sind, die sich auch durch